Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

vdz. Dresden. Am Sonnabend, dem zweiten Verhandlungstage, machte in der öffentlichen Versammlung der Vorsitzende Geh. Rat Dr. Duisberg die Mitteilung, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann seinen angekündigten Vortrag nicht halten könne. Wegen der Wichtigkeit seiner außenpolitischen Geschäfte habe Dr. Stresemann nicht sprechen können. Wenn er, der in Sachsen seinen Aufstieg genommen hat, nicht in diese Heimat zurückkehren könne, wo so viele auf ihn warteten, dann müßten ihn sehr dringende Gründe zurückhalten.

Hierauf sprach Geh. Rat Dr. Silverberg über

„Deutsches Unternehmertum in der Nachkriegszeit".

Er betonte, daß das deutsche Unternehmertum restlos auf staatsbejahendem Standpunkt stehe und erörterte die Gründe, die zur Festlegung mobilen Kapitals in Vorräten und Fabrikaten geführt hätten. Luthers Aktion gegen Syndikate und Kartelle habe sich zum Glück als ein Schlag ins Wasser erwiesen ebenso wie seine Finanzpolitik und die noch lange nachwirkende Zerstörung der Konsumkraft des Deutschen Volkes. Der Redner wandte sich entschieden gegen das Eindringen des Staates in die Privatwirtschaft.

Schließlich machte der Redner grundsätzliche Ausführungen über das industrielle Unternehmertum und die Arbeiterschaft, bei denen er dankbar des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gedachte. Die Arbeiterschaft habe einen großen und schweren Tribut zu zahlen. In der Stellung des deutschen Unternehmertums zur Arbeiterfrage habe sich eine Wandlung der Geister vollzogen. Das Heil für Deutschlands Wirtschaft liege nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft. Der Redner trat in diesem Zusammenhang für die Große Koalition, d. h. für den Eintritt der Sozialdemokraten in die Reichsregierung ein.

Staatssekretär v. Simson, Vorsitzender der handelspolitischen Kommission des Reichsverbandes sprach über

„Ziele und Methoden der deutschen Handelspolitik".

Mit den Ergebnissen unserer Handelspolitik sei man im allgemeinen höchst unzufrieden. Die Weltlage biete gegenwärtig große Schwierigkeiten für handelspolitische Verhandlungen, da überall eine Erhöhung der Zölle stattgefunden habe. Einen Uebergang der deutschen Handelspolitik von dem Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung mit gleichzeitigen Tarifverträgen zu dem Prinzip einer listenmäßigen gegenseitigen Meistbegünstigung glaubte der Vortragende nicht empfehlen zu können. Die Mitwirkung der Industrie beim Abschluß von Handelsverträgen müsse in allen Stadien der Verhandlungen gesichert sein. Bei den Verhandlungen müsse der große Wert der deutschen Meistbegünstigung stärker betont und verwertet werden. Es sei ein nach einheitlichen Grundsätzen aufgebauter Tarif sorgfältig vorzubereiten, was sicherlich noch mehrere Jahre beanspruchen werde, und erst dann in Kraft zu setzen, wenn die Tarifverhandlungen mit den hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern abgeschlossen seien. Reine Meistbegünstigungsverträge ohne Tarifbindung seien gegenüber Ländern mit starkem Export zu uns abzulehnen. Im übrigen aber sei an dem Grundsatz der unbedingten Meistbegünstigung, wenigstens vorläufig, festzuhalten. Aus seiner persönlichen Erfahrung als Teilnehmer an den Handelsvertragsverhandlungen heraus bedauerte der Redner die zu starke Heranziehung von Ländervertretern neben den Reichsvertretern. Es sei nicht einzusehen, warum an den letzten Verhandlungen nicht weniger als drei Vertreter des Landes Bayern beteiligt sein mußten. Dem Gesamtinteresse der Wirtschaft wäre auch nicht damit gedient, wenn Preußen je einen besonderen Vertreter des Handelsministeriums und des Landwirtschaftsministeriums entsandte.

In der Aussprache nahm zunächst Ministerialdirektor Dr. Hog vom preußischen Finanzministerium das Wort. Gegenüber dem Appell des Reichsfinanzministers an Länder und Gemeinden müsse darauf hingewiesen werden, daß die Länder und Gemeinden gerade durch die Reichsgesetzgebung zwangsläufig zu Ausgaben gedrängt worden seien, während z. B. für Preußen die Einnahmen aus der Eisenbahn in Höhe von 250 Millionen wegfielen. Die Lasten für die Schupo und für die Erwerbslosen seien gerade für die Länder groß, die Fürsorgelasten seien auf das Fünf- bis Siebenfache gestiegen, die Fürsorgeausgaben der preußischen Gemeinden seien auf rund eine Milliarde zu schätzen. Der überaus großen Mehrzahl der Gemeinden stehe es heute vor Augen [illegible]. Nur bei 10 Prozent der Ausgaben bliebe ein gewisser Spielraum für Sparmaßnahmen. Bei den Steuersenkungen müsse auch das Interesse der Länder und Gemeinden berücksichtigt werden.

Geh. Rat Bücher begründete die Resolution des Verbandes, die im wesentlichen einen Extrakt aus den Ausführungen des Geh. Rats Kastl enthält. Der Redner teilte mit, daß er im Auftrage der Internationalen Handelskammer eine Zahlungsbilanz für Deutschland aufgestellt habe, wobei sich herausstellte, daß im letzten Halbjahr rein bilanzmäßig eine wesentliche Besserung eingetreten sei. Bei aller klaren Erkenntnis der ungünstigen Wirtschaftslage müsse doch bei der Betätigung der deutschen Wirtschaft ein Optimismus entfaltet werden, der sich auch auf die Förderung des Konsums in Deutschland selbst zu erstrecken habe. — Die Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Reichstagsabg. Dr. Reichert erklärte, er könne Dr. Silverberg zu 95 Prozent zustimmen, müsse aber doch fragen, ob die Sozialdemokratie identisch mit der Arbeiterschaft sei. Wenn man mit der Arbeiterschaft regieren wolle, könne man einmal zeitweilig links regieren. Die Dauerregierung mit Links habe weder in Sachsen noch in Preußen zu erfreulichen Zuständen geführt. Wie wolle man mit Links die Handels- und Zollpolitik machen? Er wünsche aus vollstem Herzen, daß Dr. Reinhold im Kabinett eine Mehrheit finde, wenn nicht Einstimmigkeit, wie er im Parlament eine Mehrheit finde. Solange das nicht geschehe, bleibe seine Rede eine Rede und nur parlamentarische Taten könnten sie zur Erfüllung bringen. Dr. Luther habe das Verdienst, den Helfferich'schen Währungsplan durchgekämpft zu haben, seine Schuld beginne dort, wo er den Helfferich'schen Kreditplan beschneiden ließ und in der Regierung Marx—Luther eine Ueberhastung in der Steuerpolitik vornahm.

Dr. Silverberg betonte in seiner Erwiderung, es wäre eine vollkommene Verkennung der Wirklichkeit, wenn man sich dem verschließen wollte, daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert sei und linksstehenden Parteien angehöre. Man müsse die Gefahr vermeiden, daß das Unternehmertum unter die Räder komme. Große Parteien dürften nicht in verantwortungsloser Opposition lediglich parteitaktische Ziele verfolgen. Eine große Partei wie die Sozialdemokratie dürfe nicht verantwortungslos neben der Regierung hermarschieren.

Nach einem Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Vaterland und den Gesang des Deutschlandliedes geschlossen.

Die nächstjährige Tagung wird in Frankfurt a. M. stattfinden.

Antworttelegramm des Reichspräsidenten an den Reichsverband der Deutschen Industrie.

)(Berlin, 5. September. Der Herr Reichspräsident hat das Begrüßungstelegramm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in folgender Form erwidert:

Den in Dresden versammelten Vertretern der Deutschen Industrie danke ich für ihre freundlichen Grüße, die ich herzlich erwidere, und das Gelöbnis fernerer Mitarbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands, das ich mit großer Befriedigung entgegennehme. Daß Ihre diesjährigen Beratungen zur Erreichung dieses Zieles beitragen mögen, ist mein aufrichtiger Wunsch.

v. Hindenburg, Reichspräsident.

Politische Tagesübersicht.

Kein Rücktritt des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium. Eine Meldung über den bevorstehenden Rücktritt des Staatssekretärs Fischer im Reichsfinanzministerium kann nach unseren Informationen amtlich nicht bestätigt werden.

Weiterer Ausbau der russischen Kriegsmarine und der Luftflotte. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands hat den Antrag der Opposition auf Abrüstung Rußlands abgelehnt, vielmehr beschlossen, die russische Kriegsflotte weiter auszubauen. Die Regierung ist beauftragt worden, im Auslande 200 neue Flugzeuge zu beschaffen.

Hindenburg kommt nach Berlin. Reichspräsident von Hindenburg wird am 14. September, wie der Demokratische Zeitungsdienst wissen will, von seinem Erholungsaufenthalt in Bayern nach Berlin zurückkehren und — falls bis dahin die deutsche Delegation nach Genf noch nicht abgereist ist — sich von Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die außenpolitische Situation, vor allem über Deutschlands Stellung bei seinem Eintritt in den Völkerbund Vortrag halten lassen.

Mitteilungen des Reichskommissars für die besetzten Gebiete. Das soeben erschienene 5. Heft der „Mitteilungen des Reichskommissars" enthält in der Hauptsache Bestimmungen über die Luftfahrt im besetzten Gebiet, Beschlüsse der Rheinlandkommission über die Veranstaltung von Umzügen militärischen Charakters, Schützenfeste mit Schießübungen, Böllerschießen usw. Schließlich enthält das Heft die Ordonnanzen 303 bis 308. Von Bedeutung ist namentlich die Ordonnanz 308, in der ein Teil der in Locarno zugesagten Erleichterungen zum Ausdruck gekommen ist.

Aus der Berliner Diplomatie. Der kgl. dänische Gesandte Zahle hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Legationsrat Dalgensstjerne die Geschäfte der Gesandtschaft. — Der königlich schwedische Gesandte af Wirsén hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt Legationsrat Freiherr Koskull die Geschäfte der Gesandtschaft.

v. Kubel Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. An Stelle des verstorbenen Dr. Oskar v. Hahnke ist der Direktor des Reichslandbundes, Major a. D. Heinrich von Kubel in Charlottenburg, als Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates einberufen worden.

Die Revolution in Nicaragua. Das Generalkonsulat von Nicaragua in Hamburg teilt amtlich mit, daß die revolutionäre Bewegung, die in letzter Zeit in Nicaragua entstand, von der verfassungsmäßigen Regierung des Präsidenten General Chamorro beinahe gänzlich unterdrückt ist.

Nicht eine einzige Stimme für den Geraer Haushaltsplan. In der jüngsten Geraer Stadtverordnetensitzung kam der Geraer Haushaltsplan, der einen Fehlbetrag von 1,1 Millionen Mark aufweist, nochmals zur Abstimmung. Dabei wurde nicht eine einzige Stimme für die Annahme des Etats abgegeben, vielmehr wurde der Etat mit großer Mehrheit bei einigen Stimmenthaltungen abgelehnt. Nunmehr muß sich das Land Thüringen mit der Angelegenheit beschäftigen.

Reichsminister a. D. v. Schlieben zum Präsidenten des Landesfinanzamts Magdeburg ernannt. Laut Reichsanzeiger ist Reichsminister a. D. v. Schlieben mit Wirkung ab 1. Okt. 1926 anstelle des infolge Erreichung der Altersgrenze in den dauernden Ruhestand tretenden Wirkl. Geh. Oberfinanzrats Dr. h. c. Schwarz zum Präsidenten des Landesfinanzamts Magdeburg ernannt worden.

Der „Jungstahlhelm" beschlagnahmt. Einer Korrespondenzmeldung aus Magdeburg zufolge ist die im Verlag des „Stahlhelm" erscheinende Zeitschrift „Jungstahlhelm" ohne Begründung vorläufig beschlagnahmt worden. Der Grund der Maßnahme soll darin liegen, daß in der beschlagnahmten Wochenschrift eine Fortsetzung des kürzlich verbotenen „Stahlhelm" erblickt wird. Die Stahlhelmleitung hat gegen die Beschlagnahme Beschwerde eingereicht. Auch die Magdeburger „Abwehr" ist von der Polizei verboten worden.

---

5. Reichskonferenz für Gesundheitswesen.

vdz. Unter zahlreicher Beteiligung wurde die 5. Reichskonferenz der Sektion Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter von dem Vorsitzenden Mühner-Berlin in Düsseldorf eröffnet.

Der Reichstagsabg. Dr. Moses sprach über „Im Kampf um die Volksgesundheit" und führte aus, daß die bestehenden wirtschaftlichen Schäden und Mängel eine vernünftige Gesundheitspflege zum Scheitern verurteilten und ging dann auf den Wert der Menschenökonomie ein.

Dittmar-Berlin behandelte das Thema „Das Krankenpersonal im Dienst der Allgemeinheit" und verlangte bessere Ausbildung und Besoldung.

Es stehen ferner zur Beratung die Gebiete: „Die soziale und wirtschaftliche Lage des Personals im Gesundheitswesen" und „Kampf um die Arbeitszeit".

Reichsjugendtag der Christlichen Gewerkschaften in Essen.

• Essen, 5. September. Mit feierlichen Gottesdiensten nahm heute vormittag der Reichsjugendtag der Christlichen Gewerkschaften seinen Anfang. Nach dem Gottesdienst zogen die Abordnungen der Ortsgruppen, die aus allen Teilen des Reiches in Essen erschienen waren, geschlossen und mit klingendem Spiel zum Städtischen Saalbau, wo die Tagung mit einer großen Kundgebung eingeleitet wurde.

Nach einem Orgelspiel und nach einem Männerchor nahm der Jugendleiter Seb-Berlin das Wort zur Begrüßungsrede, in der er die Vertreter der befreundeten Verbände der beiden Kirchen und der Behörden, besonders aber Oberbürgermeister Dr. Bracht als Vertreter der Tagungsstadt, den Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Bernhard Otte-Berlin, sowie die Jungmannen aus dem Saargebiet willkommen hieß.

Nachdem ein Glückwunschtelegramm des Ministerpräsidenten a. D. Stegerwald verlesen war, hielt Reichstagsabgeordneter Kaiser-Köln die Festansprache, in der er zu-[illegible] auf die Entwicklung der christlichen Jugendbewegung zu wahrerem Zusammenschluß in den Gewerkschaften [illegible], die jeden marxistischen Einschlag mit aller Entschiedenheit ablehnten und vom christlichen Standpunkt aus für Freiheit und Recht in verantwortungsvoller Weise zu kämpfen gewillt seien.

Nach Beendigung des Referates sprach zu der mehrtausendköpfigen Versammlung der Generalsekretär Bernhard Otte, der u. a. ausführte, daß die christliche Arbeiterschaft sich nicht in erster Linie auf politische oder staatliche Hilfe stützen dürfe, der Aufstieg des Arbeiterstandes müsse vielmehr vom Selbsthilfewillen der Arbeiterschaft getragen sein. Die christlichen Gewerkschaften hätten es sich zur Aufgabe gemacht, gegen den Materialismus zu kämpfen und für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit alles umfassenden Volksgemeinschaft einzutreten.

Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes klang die von musikalischen und gesanglichen Vorträgen stimmungsvoll umrahmte Kundgebung aus, worauf die einzelnen Ortsgruppen zum Waldtheater der Stadtverwaltung Essen marschierten, wo eine Jugendfeier mit dem Festspiel stattfand. Turnerische Vorführungen und ein Männerchor gaben den Rahmen zu der Veranstaltung, mit der der erste Teil der Tagung sein Ende erreichte.

Am Montag wird die Tagung durch eine Zusammenkunft der Delegierten fortgesetzt.

Antialkoholtagung.

vdz. Vom 26. bis 29. September findet in Barmen die 37. Jahreshauptversammlung des Deutschen Vereins gegen den Alkoholismus in Verbindung mit der 18. Konferenz für Trinkerfürsorge und der Tagung des Verbandes von Trinkerheilstätten statt. Die Tagung ist als geschlossene Kundgebung zu dem neuen Schankstättengesetz anzusehen.

Eine Stiftung des Hauses Ullstein.

X Berlin. Zum 100. Geburtstage von Leopold Ullstein, dem Begründer des Ullsteinhauses, haben die derzeitigen Verlagsinhaber, Hans, Louis, Dr. Franz, Rudolf und Herrmann Ullstein, 100 000 M. gestiftet, die mit je 20 000 M. der Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse, dem Verein Berliner Presse, dem Unterstützungsverein Deutscher Buchhändler und Buchhandlungsgehilfen, dem Deutschen Buchdruckerverein und der Gesellschaft für Kaufmannserholungsheime zur Errichtung einer Leopold Ullstein Gedächtnisstiftung überwiesen wurden.

Neue Angriffe auf Damaskus.

Paris. (Funkspruch.) Wie dem Newyork Herald gemeldet wurde, ist Damaskus gestern früh von 500 Aufständigen angegriffen worden, die in die Stadt eindrangen, aber nach zweistündigem Kampf heraus verdrängt wurden. Dabei sollen 40 Personen getötet worden sein, darunter drei französische Soldaten und einige Bewohner der Stadt.

Zweiter Sächsischer Jägertag in Meißen.

In Meißen, das in früherer Zeit Garnison des 12. Jägerbataillons war und nach einem modernen Kasernenbau im Jahre 1914 den Einzug seiner Jäger wieder erwartete, fand jetzt der 2. Sächsische Jägertag statt. Der Landesverband Sächsischer Jäger hielt am Sonnabend nachmittag im Erlanger Hof seine Jahreshauptversammlung ab, in der der Vorsitzende Leichsenring, Dresden, und der Ortsgruppenvorsitzende Thieme, Meißen, die Teilnehmer begrüßten. Ein stilles Gedenken widmete man den im verflossenen Jahre heimgegangenen Kameraden. Hierauf richtete der Landesverband durch den Mund seines Vorsitzenden an Generalleutnant von der Decken, den bewährten Führer der Jäger in Frieden und Krieg und deren Freund und Berater in schwerer Nachkriegszeit, die Bitte, die Ehrenmitgliedschaft des Landesverbandes anzunehmen unter gleichzeitiger Entgegennahme eines Ehrengeschenks. Mit dreifachem Horridoh nahm die Versammlung von der Zusage Generalleutnants von der Decken Kenntnis.

Aus dem Jahresbericht war ersichtlich, daß der Verband 28 Ortsgruppen mit 2084 Mitgliedern gegenüber 1967 Mitgliedern im Vorjahre zählt. Dem Unterstützungswesen galt, der wirtschaftlichen Notlage Rechnung tragend, die ganze Aufmerksamkeit der Verbandsleitung. Der weitere Ausbau des Unterstützungswesens wird mit allen Mitteln gefördert werden. Der Rechenschaftsbericht zeigte geordnetes Kassenwesen. Der Vorstand mit dem Vorsitzenden Leichsenring an der Spitze wurde wiedergewählt. Der nächste Jägertag wird mit Rücksicht auf die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage weiter Kreise im Jahre 1928 in Freiberg abgehalten, das zweite Landesverbandsschießen nächstes Jahr in Dresden. Falls Mittel verfügbar sind, wird die Verbandsleitung ermächtigt, die Gründung einer Schießkasse zu erwägen. Aus den Mitgliedsbeiträgen dürften aber Mittel dazu nicht verwendet werden. Ausdrücklich wurde festgestellt, daß sich das Schießen der Jäger nur auf reines Sportschießen mit behördlich genehmigten Büchsen erstrecken darf. Einverstanden war man mit der Bildung einer losen Arbeitsgemeinschaft mit dem Kartell der Militärvereine Jäger und Schützen und mit dem Landesverband der Schützen 108. Den Ortsgruppen wurde empfohlen, der Kriegsgräberfürsorge durch Erwerbung der Mitgliedschaft ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Ferner wurde die Absendung mehrerer Huldigungstelegramme beschlossen, u. a. auch an den Reichspräsidenten v. Hindenburg.

Der Festabend in der Geipelburg vereinte die ehemaligen Jäger in froher Gemeinschaft mit ihren ehemaligen Offizieren und einem großen Teile der Meißner Bürgerschaft. Auch Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden waren anwesend. Die Festrede hielt Generalleutnant von der Decken, der nach den Wurzeln deutschen Jägergeistes forschend hinwies auf Gemüt, Starkmut und frohen Glauben. Das Gemüt müsse die Werte schaffen zu starkem, sittlich reinem Volkstum, aus dem der Starkmut erwachse. Im Herzen müsse alles Deutsche den ersten Platz einnehmen. Der Glaube aber, die stärkste Seite des deutschen Jägergeistes in schwerer Kriegsnot, werde sich wandeln in frohen und festen Glauben an Deutschlands Zukunft. Namens der Stadt Meißen sprach Stadtrat Müller. Generalmajor v. Ompteda übermittelte die Grüße des früheren Königs von Sachsen. Dann folgten noch weitere Ansprachen.

Am Sonntag fanden Kranzniederlegungen am Jägerdenkmal bei der Stadtkirche und im Schloßpark von Siebeneichen statt. Dort wurde auch unter zahlreicher Fahnenbeteiligung ein Feldgottesdienst abgehalten. Mit dem Jägertag verbunden war das Landesverbandsschießen sächsischer Jäger, das auf sechs eigens dazu erbauten Schießständen abgehalten wurde.

Deutscher Blumengeschäftsinhabertag in Dresden.

• Dresden. Der Verband der Deutschen Blumengeschäftsinhaber hält zurzeit in Dresden seine diesjährige Tagung ab. Im Mittelpunkt des Sonntag-Vormittags stand die Festfeier im Neuen Rathaussaal, die von Darbietungen des Dresdner Kreuzchores umrahmt wurde. Der Vorsitzende des Verbandes Hans Söhner begrüßte die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, den sächsischen Wirtschaftsminister, die Vertreter der [illegible] und [illegible]